

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 3. März 1982

am Donnerstag, dem 4. März 1982

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Berger (Lahnstein) (CDU/CSU)	104	Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU)	48, 49
Bergerowski (FDP)	28, 29	Horstmeier (CDU/CSU)	92
Biehle (CDU/CSU)	105	Frau Hürland (CDU/CSU)	79, 80
Frau Blunck (SPD)	72	Dr. Hupka (CDU/CSU)	20, 134
Brunner (CDU/CSU)	31	Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	18, 19
Catenhusen (SPD)	7, 8	Jagoda (CDU/CSU)	91
Clemens (CDU/CSU)	132, 133	Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)	135, 144
Conradi (SPD)	50	Jansen (SPD)	145, 146
Coppik (fraktionslos)	55	Dr. Jens (SPD)	65, 66
Dallmeyer (CDU/CSU)	102, 103	Dr. Jentsch (Wiesbaden) (CDU/CSU)	34
Daweke (CDU/CSU)	46	Dr. Jobst (CDU/CSU)	131
Dolata (CDU/CSU)	67, 68	Jung (Lörrach) (CDU/CSU)	87, 88
Duve (SPD)	26, 27	Jungmann (SPD)	147, 148
Eigen (CDU/CSU)	75, 76	Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU)	136
Dr. Emmerlich (SPD)	41, 42	Keller (CDU/CSU)	77, 78
Engelsberger (CDU/CSU)	4, 15	Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	117, 118
Dr. Falthäuser (CDU/CSU)	113, 114	Dr. Kübler (SPD)	54
Fischer (Homburg) (SPD)	25	Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	112
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	14, 93	Lennartz (SPD)	119, 120
Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)	73, 74	Leuschner (SPD)	5, 6
Funke (FDP)	63, 64	Link (CDU/CSU)	142
Gärtner (FDP)	11, 12	Linsmeier (CDU/CSU)	138
Frau Geiger (CDU/CSU)	45	Magin (CDU/CSU)	141, 143
Hansen (fraktionslos)	108, 109	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	39, 60
Hauser (Bonn-Bad Godesberg) (CDU/CSU)	98, 99	Dr. Mertes (Gerolstein) (CDU/CSU)	37, 126
Dr. Hennig (CDU/CSU)	16, 17	Michels (CDU/CSU)	96, 97
Herberholz (SPD)	1, 38	Dr. Miltner (CDU/CSU)	36
Dr. Hirsch (FDP)	9, 10	Milz (CDU/CSU)	69
Hölscher (FDP)	13	Dr. Möller (CDU/CSU)	123, 139

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Nelle (CDU/CSU)	47	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	129, 130
Niegel (CDU/CSU)	115, 116	Seehofer (CDU/CSU)	85, 86
Dr. Nöbel (SPD)	21	Sielaff (SPD)	22
Dr. Olderog (CDU/CSU)	58, 59	Dr. Soell (SPD)	32, 33
Frau Pack (CDU/CSU)	137	Dr. Freiherr Spies von Büllenheim (CDU/CSU)	52, 53
Pauli (SPD)	121, 122	Dr. Spöri (SPD)	56, 57
Peter (Kassel) (SPD)	106, 107	Spranger (CDU/CSU)	35
Pfeifer (CDU/CSU)	43	Stiegler (SPD)	94, 95
Pohlmann (CDU/CSU)	81, 82	Stutzer (CDU/CSU)	124, 125
Rapp (Göppingen) (SPD)	61, 62	Vogt (Düren) (CDU/CSU)	83, 84
Reschke (SPD)	127, 128	Dr. Voss (CDU/CSU)	2, 3
Rossmanith (CDU/CSU)	44	Dr. Warnke (CDU/CSU)	110, 111
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	23, 24	Weirich (CDU/CSU)	30
Schmöle (CDU/CSU)	40	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	100, 101
Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU)	70, 71	Zeitler (SPD)	51
Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	89, 90	Zierer (CDU/CSU)	140

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	20
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	21
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	21

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

1. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Plant die Bundesregierung die Einführung einer gesetzlichen Arbeitsplatzsicherung für heimkehrende Entwicklungshelfer, um die Bereitschaft, als qualifizierter Entwicklungshelfer ins Ausland zu gehen, zu erhöhen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Innerdeutsche Beziehungen**

2. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß — wie in der Presse berichtet — am 2. Februar d. J. ein aus der „DDR“ geflüchteter Grenzsoldat in die „DDR“ zurückkehrte, nachdem er vorher mit seinem Vater und einem Angehörigen der Ständigen Vertretung der „DDR“ ein Gespräch geführt hatte?
3. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Welche Gründe gab der Grenzsoldat für seine Flucht aus der „DDR“ an, und welche Gründe waren nach Ansicht der Bundesregierung für ihn maßgebend, in die „DDR“ zurückzukehren?
4. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundeskanzler Schmidt in seinem Interview mit „Le Monde“ die Beziehungen zur DDR als „nicht einmal nennenswert“ bezeichnet habe, und wie ist eine solche Wertung zu vereinbaren mit den von der Bundesregierung immer wieder betonten Fortschritten in der „Entspannungspolitik“, wie sie sich angeblich gerade auch durch den Grundlagenvertrag entwickelt hätten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

5. Abgeordneter
Leuschner
(SPD) Ist der Bericht des Ausschusses des Projektkomitees „Schnelle Brüter“ vom Januar 1980 (oder der Entwurf des Berichts), der für das Bundesforschungsministerium erstellt worden war und im Bonner Energiereport abgedruckt wurde, dem Parlament und insbesondere der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ zugänglich gemacht worden, bzw. warum nicht?
6. Abgeordneter
Leuschner
(SPD) Ist dem Bundesforschungsministerium bekannt gewesen, als es am 10. Januar 1980 in der Enquete-Kommission des 8. Deutschen Bundestages Ausführungen zu den Kosten und dem Inbetriebnahmetermin des SNR-300 machte, daß für sein Haus seit dem 25. September 1979 dieser Bericht erstellt und in Kürze vorliegen wird?

7. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Wenn es zutrifft, daß das Projekt SNR-300 in ersten Nöten steckte und nicht vor 1990 fertiggestellt werden kann, wie im Bericht des Ausschusses des Projektkomitees „Schneller Brüter“ laut Abdruck im Bonner Energiereport festgestellt wird, welche neuen Umstände sind dann seit Januar 1980 eingetreten, die es als wahrscheinlich erscheinen lassen, daß die Fertigstellung vor 1990 liegen wird?
8. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem Bericht des Projektkomitees „Schneller Brüter“ im einzelnen gezogen, und hat sie bei der Verwirklichung dieser Konsequenzen auf die Genehmigungsbehörden und die Gutachter des SNR-300 eingewirkt?
9. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- In welchem Umfang und bis zu welcher Tiefe ist der zum Einbau in den Schnellen Brüter Kalkar vorgesehene Reaktortank und der sogenannte untere Natrium-Sammelbehälter verrostet (sogenannte interkristalline Korrosion), und welche Folgen ergeben sich daraus, daß das verrostete Material entfernt werden muß, für die Lebensdauer der Anlage?
10. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Welche Betriebskosten hat der Betreiber des SNR-300 nach dem jetzigen Stand seiner Kenntnisse unter Berücksichtigung der vermutlichen Baukosten und beschränkten Lebensdauer der Anlage ermittelt, und welche Erlöse stellt er diesen Kosten unter Zugrundelegung des Strompreisniveaus kommerzieller Stromerzeugungsanlagen gegenüber?
11. Abgeordneter
Gärtner
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß der Betreiber des SNR-300 in Kalkar gegenwärtig mit einem Betriebskostendefizit von 250 bis 300 Millionen DM pro Jahr rechnet, und wer soll diese Defizite tragen?
12. Abgeordneter
Gärtner
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung sich verpflichtet hat, diese Betriebskostendefizite ganz oder teilweise zu übernehmen?
13. Abgeordneter
Hölscher
(FDP)
- In welcher Höhe ergeben sich Kosten des Betriebs und Kosten des Brennstoffkreislaufs beim SNR-300 in Kalkar, und wie sollen nach Meinung der Bundesregierung die Erlöse in der Weise „gestaltet“ werden, daß die Kosten des SNR in den allgemeinen Strompreis der kommerziellen Energieversorgungsunternehmen einkalkuliert werden?
14. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen ergeben sich hinsichtlich eines etwaigen Uranabbaus im Raum Baden-Baden/Gernsbach, nachdem das Bundesberggesetz ab Anfang dieses Jahrs die bisher geltenden Landesberggesetze abgelöst hat?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

15. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Treffen Meldungen zu, daß Bundeskanzler Schmidt in einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Monde“ erklärt habe, von der Reiseabsicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner nach Polen vorher nichts gewußt zu haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

16. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Hat die Bundesrepublik Deutschland gegenüber Bolivien ihre völkerrechtlichen Pflichten aus der Wiener Konvention erfüllt, was die Behandlung des Konsulats dieses Staats in Hamburg betrifft?
17. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Auf welche Weise will die Bundesregierung, die am 12. Februar 1982 durch den Sprecher des Auswärtigen Amtes mitgeteilt hat, eine Bewertung der Wahlen in El Salvador werde von deren Verlauf abhängen, deren Verlauf beurteilen, wo sie doch dort zur Zeit nicht durch einen Botschafter vertreten ist und Beobachter nicht entsendet?
18. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Weshalb ist die Bundesregierung auf meine Frage nach den konkreten Ergebnissen der Gespräche zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem KPdSU-Generalsekretär Breschnew über die Achtung der Menschenrechte und die Verbesserung der Ausreisemöglichkeiten der Deutschen in der Sowjetunion bei der schriftlichen Antwort des Staatsministers Dr. Corterier vom 11. Februar 1982, in der sie nur die neuesten Aussiedlerzahlen mitteilte und erklärte, die weitere Entwicklung lasse sich gegenwärtig noch nicht beurteilen, nicht eingegangen, und bedeutet diese Antwort, daß es konkrete Ergebnisse dieser Gespräche nicht gegeben hat?
19. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Bedeutet die Antwort des Staatsministers Dr. Corterier vom 11. Februar 1982 auf meine Anfrage nach den konkreten Ergebnissen der Schmidt-Breschnew-Gespräche für die Deutschen in der Sowjetunion, daß trotz des Bekenntnisses beider Seiten im Gemeinsamen Kommuniqué zu den abgeschlossenen Verträgen und zur Einhaltung und Verwirklichung der Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki und trotz der Erklärung der Absicht beider Seiten, humanitäre Fragen in wohlwollendem Geist zu lösen, beim Besuch Breschnew's in Bonn für die Rußland-Deutschen keine Vereinbarungen über konkrete Verbesserungen erzielt werden konnten?
20. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche Auskunft über die Ausreise ausreisewilliger Deutscher hat inzwischen die Bundesregierung von der gegenwärtigen polnischen Militärregierung erhalten, nachdem der Bundesaußenminister die seit dem 13. Dezember 1981 verhängte Annahmesperre für Ausreisearträge dem stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten am 30. Dezember 1981 in Bonn vorgehalten hatte?

21. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Sind die Verärgerungen von US Präsident Reagan und von Papst Johannes Paul II. wegen unseriöser Berichterstattungen der Zeitung „Welt am Sonntag“, über die in der Zeitschrift „Der Spiegel“, Nr. 7 vom 15. Februar 1982 (Seite 66 ff.), berichtet wurde, gegenüber der Bundesregierung offiziell zum Ausdruck gebracht worden?
22. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Wie wird die Bundesregierung reagieren, wenn die amerikanische Regierung um das Einverständnis für die Lagerung von Nervengas in der Bundesrepublik Deutschland nachsucht, und wie würde dies mit der Absicht in Einklang zu bringen sein, „diese Waffen ein für alle Mal aus dem militärischen Arsenal zu verbannen“ (Zitat des Leiters der Genfer Abrüstungskommission, Botschafter Pfeiffer)?
23. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Sieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Entscheidung der amerikanischen Regierung, Nervengas zu produzieren und eventuell in Europa zu lagern, eine Notwendigkeit, Gegenmaßnahmen einzuleiten, und wenn ja, welche?
24. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegebenenfalls eine Ausrüstung amerikanischer Truppen, die in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind, mit Nervengas bzw. die Lagerung von Nervengas in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern, und werden konkrete Schritte in dieser Richtung unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

25. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) Was beinhaltet die vierte Teilerrichtungsgenehmigung für den SNR-300, die 1981 erteilt wurde, im einzelnen und behandelte sie insbesondere sogenannte wesentliche Änderungen?
26. Abgeordneter
Duve
(SPD) Durch welche Nachweise ist beim Genehmigungsverfahren zum Schnellen Brüter (SNR-300) sichergestellt, daß durch Flugzeugabsturz ein Versagen des Dampferzeugers nicht möglich ist, und inwieweit gilt ein Flugzeugabsturz überhaupt als eigenständiger Lastfall für die Komponentenauslegung?
27. Abgeordneter
Duve
(SPD) Kann die Bundesregierung angeben, ob und wie die Erfüllung der BMI-Richtlinie für den Strahlenschutz des Personals bei der Durchführung von Instandhaltungsarbeiten in Kernkraftwerken in der Planung für den SNR-300 nachgewiesen wird?
28. Abgeordneter
Bergerowski
(FDP) Ist es zutreffend, daß nach wie vor eine Anfechtungsklage gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung des Schnellen Brüters vor dem Oberverwaltungsgericht Münster anhängig ist, und ist die Bundesregierung in irgendeiner Weise tätig geworden, um die Entscheidung dieser seit vielen Jahren anhängigen Klage zu beschleunigen?

29. Abgeordneter
Bergerowski
(FDP) Welche Folgen würden sich für das anhängige Verfahren und die Fertigstellung des Schnellen Brütters Kalkar ergeben, wenn das Oberverwaltungsgericht der anhängigen Klage stattgibt?
30. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Wird bei neuen Verfahrens- und sachlichen Anforderungen im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens darauf geachtet, ob durch diese Veränderung von Verfahren oder Anforderungen die Sicherheit unter Berücksichtigung der vorliegenden praktischen Erfahrungen erhöht wird?
31. Abgeordneter
Brunner
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, daß auch die in der Umgebung kerntechnischer Anlagen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse gesundheitlich unbedenklich sind?
32. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Hat die Bundesregierung Kenntnis von einer Vereinigung namens „Schutzbund für das deutsche Volk“, die als Versuch dienen soll, die bisher nicht koordiniert arbeitenden „Bürgerinitiativen gegen Ausländereinwanderung“ in einer Dachorganisation zusammenzufassen?
33. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich dieser „Schutzbund“ der Argumente des sogenannten Heidelberger Manifestes bedient, um seine mit der NS-Rassenideologie teilweise übereinstimmenden Positionen pseudowissenschaftlich zu untermauern, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten für ein Verbot des „Schutzbunds“ wegen Volksverhetzung?
34. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Beurteilt die Bundesregierung eine kürzlich erfolgte umfangreiche Presseveröffentlichung zu der Klar/Schulz-Observation im März 1980 ebenso als Gefährdung einer laufenden Operation wie im Spätsommer 1980 die Frage im Deutschen Bundestag zu diesem Vorgang?
35. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Unterrichtung des für die Verfolgung der mit Haftbefehl gesuchten Terroristen zuständigen Generalbundesanwalts erst am Tag nach dem Abreißen des Observationskontakts zu Klar und Schulz auch heute noch für rechtlich, fachlich und politisch gerechtfertigt, oder ist sie inzwischen auch angesichts neuer Erkenntnisse über die Aktivitäten der Gesuchten zu einer neuen Beurteilung gekommen?
36. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Auf welche Weise ist sichergestellt, daß bei einem künftigen Kontakt zu gesuchten Terroristen der für ihre Verfolgung zuständige Generalbundesanwalt sofort unterrichtet wird, damit er die Möglichkeit erhält, die in seiner Verantwortung liegenden Entscheidungen rechtzeitig zu treffen?
37. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Sowjetbürger in den Jahren 1979, 1980, 1981 und in den beiden ersten Monaten des Jahrs 1982 ohne ein durch die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau oder das Generalkonsulat Leningrad ausgestattetes Visum in die Bundesrepublik Deutschland einreisen?

38. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Fördert die Bundesregierung die Bereitschaft zur Entwicklungshilfe, indem sie Bundesbediensteten im öffentlichen Dienst die Möglichkeit bietet, im Rahmen eines Sonderurlaubs für längere Zeit als Entwicklungshelfer tätig sein zu können?
39. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glottz**
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegen Verschwendung auf dem Gebiet der Verpackung vorzugehen, und hält sie insbesondere das Übermaß an Verpackung beim gewöhnlichen Hotelfrühstück für vertretbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

40. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung in bezug auf die Kabinettsbeschlüsse vom 3. Februar 1982 die Auffassung, daß Beratungen und — wenn nötig — auch Korrekturen durch die gewählten Vertreter des Volkes nicht durch Drohungen irgendwelcher Art verunmöglicht werden dürfen, wenn eine parlamentarische Demokratie ihren Sinn behalten soll?
41. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Hält es die Bundesregierung wegen der langen Dauer einzelner Strafverfahren, insbesondere von Wirtschaftsstrafverfahren, für erforderlich, eine Änderung der Vorschriften über die Strafverfolgungsverjährung einzuführen?
42. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Wird eine Verlängerung der Verjährungsfristen zu einer Beschleunigung führen, oder kann sie das Gegenteil bewirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

43. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Sind nach Auffassung des Bundesfinanzministers die quantitativen Grundannahmen auch in finanzieller Hinsicht richtig, von denen die Finanzministerkonferenz der Länder in ihrem Beschluß vom 28. Januar 1982 zur Fortschreibung des Bildungsgesamtplans ausgegangen ist und nach denen für die Jahre bis 1985 zur Fortschreibung des Bildungsgesamtplans 85 Milliarden DM zur Verfügung gestellt werden können, oder beabsichtigt der Bundesfinanzminister, der Finanzministerkonferenz der Länder im Rahmen der weiteren Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans eine Ausweitung dieses Finanzvolumens vorzuschlagen?
44. Abgeordneter
Rossmannith
(CDU/CSU) Welche Haltung nimmt der Bundesfinanzminister zu der Kritik ein, „der von ihnen (den Finanzministern) gesetzte Finanzrahmen (85 Milliarden DM) für die Jahre bis 1985 bleibe weit hinter den bildungspolitischen Notwendigkeiten der nächsten Jahre zurück“ (dpa-Dienst für Kulturpolitik, 1. Februar 1982, Seite 5)?

45. Abgeordnete
Frau
Geiger
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen gedenkt der Bundesfinanzminister aus der Feststellung zu ziehen, daß der bisherige Verlauf der Beratungen der Bund-Länder-Kommission erwarten lasse, daß die Stellungnahme der Finanzminister in keiner Weise als akzeptabel betrachtet werden könne (dpa-Dienst für Kulturpolitik, 1. Februar 1982, Seite 6)?
46. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Wird sich der Bundesfinanzminister an dem vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft vorgeschlagenen neuen Gespräch zwischen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und der Finanzministerkonferenz zur Finanzierung des Bildungsgesamtplans beteiligen, und welche Positionen wird der Bundesfinanzminister dabei vertreten?
47. Abgeordneter
Nelle
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung der Feststellung zu, die Bildungsminister von Bund und Ländern hätten die Pflicht, das Bildungs- und Ausbildungssystem der Bundesrepublik Deutschland auf einem Stand zu halten, der es befähige, mit den besonderen Herausforderungen der 80er Jahr fertig zu werden, und welche Konsequenzen ergeben sich nach Ansicht des Bundesfinanzministers daraus für die Finanzierung des Bildungsgesamtplans (dpa-Dienst für Kulturpolitik, 1. Februar 1982)?
48. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu dem Vorentwurf einer 12. Richtlinie zur Harmonisierung der Umsatzsteuer, die eine Einschränkung bzw. einen Ausschluß des Vorsteuerabzugs im Zusammenhang mit Beherbergungs-, Verpflegungs- und Bewirtungskosten sowie bei der Anschaffung und beim Betrieb von Kraftfahrzeugen vorsieht?
49. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung diese Maßnahme nicht als eine Belastung und einen erheblichen Nachteil für die deutsche Wirtschaft?
50. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft die Behauptung (Capital 2/82) zu, daß die Vermietung eines Lagerraums von mindestens einem Drittel der Nutzfläche des Hauses — an wen auch immer (beispielsweise eine fiktive Vermietung an die Schwiegermutter) — wie bisher beim „unechten Zweifamilienhaus“ zum vollen Schuldzinsabzug berechtigt, und welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung getroffen, eine derartige, vom Gesetzgeber nicht gewollte Auslegung des Gesetzes zu unterbinden?
51. Abgeordneter
Zeitler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die VEBA OEL AG einen Auftrag im Wert von 1,5 bis 2 Millionen DM an eine schweizer Firma vergeben hat, obwohl ein günstigeres Angebot von einem deutschen Unternehmen vorlag, und wird die Bundesregierung bei bundeseigenen Unternehmen und bei Unternehmen, an denen der Bund maßgeblich beteiligt ist, aus arbeitsmarktpolitischen Gründen darauf hinwirken, daß Aufträge künftig vorrangig an deutsche Firmen vergeben werden?

52. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Werden nach der Vorstellung der Bundesregierung bei der angekündigten Investitionszulage in den Vorjahren über Leasing bewirkte Investitionen als Sockel mit angerechnet, und werden auch über Leasing ab 1. Januar 1982 abgewickelte Investitionen zulagebegünstigt sein?
53. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß wegen dieser offenen Zweifelsfragen viele Investitionsentscheidungen noch zurückgestellt werden und daß daher bei den deutschen Leasing-Gesellschaften ein erheblicher Auftragsstau mit entsprechend negativer wirtschaftlicher Auswirkung entstanden ist?
54. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu der vom Vorsitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft aufgestellten Behauptung, daß die jüngst beschlossenen Steuergesetze und die weiteren Maßnahmen im Rahmen des Beschäftigungsprogramms „ein Tiefschlag gegen die Steuerverwaltung und ihr Personal“ seien und daß die Bundesregierung steuerpolitisch in einem Raumschiff lebe, das den Funkkontakt zur Erde verloren habe?
55. Abgeordneter
Coppik
(fraktionslos)
- War die Bundesregierung oder eines ihrer Mitglieder in irgendeiner Weise mit dem Steuerhinterziehungsverfahren gegen die in Marburg tätig gewesene saudi-arabische Firma DAR AL TAKHTEET befaßt, und hat die Bundesregierung dabei zum Ausdruck gebracht, daß die zuständigen Justiz- und Finanzbehörden wegen der guten Beziehungen der Firma zum saudischen Innenminister den Fall großzügig abwickeln sollten?
56. Abgeordneter
Spöri
(SPD)
- Inwieweit werden die gestiegenen deutschen Kapitalanlagen in den USA bzw. deren Erträge aus steuerlicher Sicht in der Bundesrepublik Deutschland erfaßt, und welche Verbesserungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung hier insbesondere bei Anlagen in Immobilien?
57. Abgeordneter
Spöri
(SPD)
- Wird die Bundesregierung für jene Freiberufler, beispielsweise Journalisten, deren Leistungen im Zusammenhang mit Urheberrechten erbracht und daher weiterhin mit 6,5 v. H. umsatzversteuert werden, eine klare Abrechnungsregelung schaffen?
58. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung — erforderlichenfalls durch entsprechende Anweisungen an die zuständigen Zollbeamten — gewährleisten, daß die sog. Butterschiffe an der Nord- und Ostsee auch in Zukunft ihren Betrieb im bisherigen Umfang fortführen können?
59. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)
- Falls nein, welche Wege und Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zumindest eine angemessene Übergangsfrist zu gewährleisten, um den betroffenen Arbeitnehmern eine berufliche Neuorientierung und den Reedereien eine ordnungsgemäße Liquidierung ihrer Gewerbebetriebe zu ermöglichen?

60. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD)
- Welche Produktgruppen und Dienstleistungen unterliegen nach wie vor dem halben Mehrwertsteuersatz, und welche Begründungen werden im wesentlichen dafür geltend gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

61. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Lassen die Massenentlassungen bei den Firmen Nordmende, Saba und Videocolor nach Auffassung der Bundesregierung eine gegen die Interessen der deutschen Arbeitnehmer gerichtete Unternehmenspolitik des diese Firmen beherrschenden französischen Thomson/Brandt-Konzerns erkennen, und teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die geplante Beteiligung des Thomson/Brandt-Konzerns an AEG-Telefunken letztlich die Auszehrung auch dieses Unternehmens zur Folge haben könnte?
62. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu der z. B. auch im Zusammenhang mit der Unternehmenspolitik des Thomson/Brandt-Konzerns geäußerten Vermutung, daß multinationale Konzerne im Fall der Reduzierung des Angebots Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland deshalb bevorzugt als Manövriermasse für ihre Anpassungsstrategien ansehen, weil hier die rechtlichen (Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, Insolvenzrecht) und die tatsächlichen Widerstände gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen geringer sind als in anderen Staaten, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
63. Abgeordneter
Funke
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der zunehmenden Zahl von Gerichtsverfahren zu § 26 Abs. 2. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) die Möglichkeit, den selektiven Vertrieb und insbesondere die Vertriebsbindung weiterhin aufrechtzuerhalten, und sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß es bei der Rechtsanwendung des GWB durch die Gerichte zu einem allgemeinen Lieferzwang kommen könnte, der vom Gesetzgeber nicht gewollt wurde?
64. Abgeordneter
Funke
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung bei der Würdigung der Gerichtsentscheidungen zum selektiven Vertrieb die Gefahr, daß ausländische Mitbewerber, insbesondere aus Japan, Wettbewerbsvorteile erringen, die bis zum Verdrängungswettbewerb führen können, und sieht die Bundesregierung generell Anlaß, eine Novellierung des § 26 GWB ins Auge zu fassen?
65. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die zahlreichen Sonderregelungen (Feldesbehandlungskosten, aufwendige Fördermethoden u. a. m.), durch das Land Niedersachsen eingeführt, bei der Berechnung des Förderzinses für Erdöl- und Erdgasförderung aus heimischen Quellen einen Verstoß gegen das Bundesberggesetz darstellen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesem Gesetz Geltung zu verschaffen?

66. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Ist es richtig, daß dem Land Niedersachsen durch die großzügige Handhabung der Förderabgabe im Rahmen des Bundesberggesetzes rund 250 Millionen DM an Einnahmen entgehen, und wird die Bundesregierung darauf drängen, daß sowohl die Einnahmen aus der Förderabgabe als auch die entgangenen Einnahmen im Land Niedersachsen beim Länderfinanzausgleich mit berücksichtigt werden?
67. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die seit langem vorhandene und in letzter Zeit noch wachsende Differenz bei den Benzinpreisen in Berlin (West) im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet bekannt, und worauf ist das nach Meinung der Bundesregierung zurückzuführen?
68. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß das in Berlin (West) angebotene und verkaufte Benzin zu einem hohen Prozentsatz — wenn nicht überwiegend — aus der DDR bezogen wird, und liegt die Preisdifferenz zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet in dieser Bezugsquelle begründet, obwohl die sonst im Bundesgebiet häufig vorgetragene Begründung mit unterschiedlichen Transport- und Vertriebskosten für solche Preisdifferenzen bei den Lieferungen aus der DDR nicht zutreffen dürften?
69. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung die auf Grund von Presseberichten bekannt gewordene Äußerung von Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff, er warne die SPD vor einem „weiteren Tritt gegen das Schienbein der sozial-liberalen Bundesregierung“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

70. Abgeordneter
**Freiherr von
Schorlemer**
(CDU/CSU) Ist der Bundeslandwirtschaftsminister bereit, die Liste der Projekte des Programms für technische Zusammenarbeit seitens der FAO alsbald dem Deutschen Bundestag vorzulegen?
71. Abgeordneter
**Freiherr von
Schorlemer**
(CDU/CSU) Mit welchen Mitteln, wie z. B. einer Beitragssper-
rung, kann der Bundeslandwirtschaftsminister eine
schnellere Übermittlung der TPC-Liste von der
FAO erreichen?
72. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD) Wann werden die deutsch — dänisch — niederlän-
dischen Wattenmeergespräche auf Regierungsebene
fortgesetzt, und treffen Informationen zu, nach
denen die Bundesregierung eine internationale
Wattenmeerkonvention nicht mehr für erforder-
lich hält?
73. Abgeordneter
Funk
(Gutenzell)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, zur Minderung der
sehr hohen Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum
dadurch beizutragen, daß sie zusätzliche Mittel
für die Fortführung der Dorfsanierung bereitstellt?

74. Abgeordneter
Funk
(Gutenzell)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der drastischen Einschränkung der Haushaltsmittel bei den Gemeinschaftsaufgaben, wodurch geplante Investitionen im ländlichen Raum vollständig zum Erliegen kamen und Arbeitsplätze verlorengegangen bzw. gefährdet sind, zusätzliche Mittel im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms zur Belegung der Investitionen im ländlichen Raum bereitzustellen?
75. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) In welcher Weise hat die Bundesregierung bei ihrer Zustimmung zur Abwertung des belgischen Franc um 8,5 v. H. und der dänischen Krone um 3 v. H. die Auswirkungen auf die Preisverhandlungen für die EG-Agrarmindestpreise berücksichtigt?
76. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung unternommen, um sicherzustellen, daß die gemeinsamen Preisverhandlungen für die EG-Agrarmindestpreise nicht ständig durch Währungsmanipulationen unterlaufen werden, und wird die Bundesregierung auch die Interessen der deutschen Landwirtschaft bei den Preisverhandlungen berücksichtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

77. Abgeordneter
Keller
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß nach Feststellung vieler Sozialämter in jüngster Zeit arbeitslos gewordene Ernährer von Familien mit Ansprüchen auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Unterhaltsgeld auch nach Ausschöpfung erhöhter Wohngeldansprüche auf teilweise erhebliche Ergänzungsleistungen aus der Sozialhilfe angewiesen sind, und zwar oft auch Arbeitslose, die vor der Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hohe Löhne und Gehälter bezogen hatten?
78. Abgeordneter
Keller
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch Umschichtungen bei den Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz die Leistungen für arbeitslos gewordene Ernährer von Familien mit Kindern aufzustocken?
79. Abgeordnete
Frau Hürland
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die von vielen Sozialhilfeträgern beklagte Tatsache, daß in jüngster Zeit in stark wachsendem Umfang Arbeitlose unmittelbar nach Beginn der Arbeitslosigkeit zur Sicherstellung des notwendigen Lebensbedarfs Sozialhilfe beantragen müssen, weil der Zeitraum bis zur Auszahlung von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe nicht ohne finanzielle Hilfe des Sozialamts überrückt werden kann?
80. Abgeordnete
Frau Hürland
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, daß grundsätzlich die Arbeitsämter in Fällen, in denen dem Grund nach Ansprüche auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bestehen, jedoch die Höhe nicht sofort festgestellt werden kann, durch Zahlung von bestimmten Vorauszahlungen den Arbeitslosen den Weg zum Sozialamt zu ersparen und damit auch unnötige Doppelarbeit verschiedener Behörden zu vermeiden?

81. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den Wegfall des letzten Halbsatzes in § 8 Abs. 1 Nr. 1 des Sozialgesetzbuchs (Viertes Buch) vom 23. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3845) „bei höherem Arbeitsentgelt ein Sechstel des Gesamteinkommens nicht übersteigt“ für Beamte und Selbständige mit einer geringfügigen Nebentätigkeit mit Einkommen über 390 DM ab 1. Januar 1982 Versicherungspflicht sowohl in der gesetzlichen Krankenversicherung als auch in der gesetzlichen Rentenversicherung entsteht, mit der Folge, daß diese Personenkreise mit einem geringen Beitrag in eine RVO- oder Ersatzkasse einen vollen Krankenversicherungsschutz erlangen und in der Rentenversicherung nur noch Beiträge für das Nebenerwerbseinkommen zahlen müssen und ihnen eine freiwillige Aufstockung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung verwehrt wird, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Regelung?
82. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU)
- Ist diese Regelung absichtlich erfolgt, und beabsichtigt die Bundesregierung, hier eine Änderung in absehbarer Zeit herbeizuführen?
83. Abgeordneter
Vogt
(Düren)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für gerechtfertigt, daß ein Beamter mit einem Nebeneinkommen zwischen 390 und 470 DM aus der Nebenerwerbstätigkeit in einer gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig wird, der Arbeitgeber den vollen Beitrag zahlen muß (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag) und der Neuversicherte mit seiner gesamten Familie voll gegen das Risiko Krankheit versichert ist und der Solidargemeinschaft der Krankenversicherten letztlich zur Last fällt?
84. Abgeordneter
Vogt
(Düren)
(CDU/CSU)
- Ist es sinnvoll, dem einen freiwillig pflichtversicherten in der Rentenversicherung versicherten Selbständigen lediglich eine Beitragszahlung im Rahmen des Nebenerwerbseinkommens zu ermöglichen und ihm eine Aufstockung der Pflichtversicherungsbeiträge bis zur Beitragsbemessungsgrenze zu verwehren?
85. Abgeordneter
Seehofer
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Zahlen bekannt, wie viele Beamte und Selbständige von der Möglichkeit des Einstiegs in die gesetzliche Krankenversicherung über eine sozialversicherungspflichtige Nebenerwerbstätigkeit inzwischen Gebrauch gemacht haben bzw. zwangsweise Mitglied werden mußten?
86. Abgeordneter
Seehofer
(CDU/CSU)
- Wann gedenkt die Bundesregierung eine Korrektur des § 8 Abs. 1 Nr. 1 des Sozialgesetzbuchs — Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung — (Viertes Buch) vorzunehmen und im Rahmen welchen Gesetzes?
87. Abgeordneter
Jung
(Lörrach)
(CDU/CSU)
- Wie hoch war am 1. Februar 1982 der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtbeschäftigtenzahl in der Bundesrepublik Deutschland, wenn nach der Regelung z. B. in England und in anderen europäischen Staaten, von der Gesamtbeschäftigtenzahl zuvor die absolut sicheren Arbeitsplätze der Beamten abgezogen sind?

88. Abgeordneter
Jung
(Lörrach)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß nur mit einem gleichen Ermittlungsverfahren die Zahl der Arbeitslosen in den Mitgliedstaaten der EG verglichen werden kann?
89. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Wie hoch wäre die Zahl der Arbeitslosen im Januar 1982 gewesen, wenn nicht entsprechend der Änderung im Rahmen der sogenannten Operation '82 die Vorschriften über die Arbeitslosenstatistik durch Artikel 1 des Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetzes vom 22. Dezember 1981 in der Weise verändert worden wäre, daß jetzt in der Statistik der Arbeitslosen diejenigen nicht mehr mitgezählt werden, die der Arbeitsverwaltung nicht zur Verfügung stehen, d. h. nicht bereit sind, „jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die sie ausüben können und dürfen“?
90. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auf Grund der geänderten Methode bei der Ermittlung der Arbeitslosenzahlen der Vergleich mit früheren Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland wie auch ein Vergleich mit aktuellen Zahlen der übrigen EG-Staaten ein verzerrtes Bild geben kann?
91. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die durch die im Kostendämpfungsergänzungsgesetz vorgenommene Änderung des § 194 Abs. 1 Satz 2 RVO — Fahrkostenbeteiligung in Höhe von 5 DM je einfache Fahrt — aufgetretenen Schwierigkeiten, insbesondere bei Rettungstransporten?
92. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung sich dessen bewußt, daß durch die mit der Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes zum 1. Januar 1982 in Kraft getretene Verlängerung der Anwartschaft für den Anspruch auf Arbeitslosengeld auf 360 Tage innerhalb von drei Jahren Zeitsoldaten, die sich für zwei Jahre verpflichtet haben, außerordentlich benachteiligt werden, da sie in einem Jahr 360 beitragspflichtige Arbeitstage erreichen müssen, um Arbeitslosengeld zu erhalten, und wenn ja, was schlägt sie zur Vermeidung dieser Härten vor?
93. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Wie entwickelt sich der Zuschußbedarf für die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, nachdem die Ist-Ergebnisse des Arbeitsmarkts für Januar und Februar 1982 vorliegen?
94. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß durch unzureichende Wartung der Dialysegeräte zur Versorgung Nierenkranker (vgl. General-Anzeiger Bonn vom 27. Januar 1982) zunehmend Gefahren für Leib und Leben dieser Patienten erhöht werden?
95. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Was kann die Bundesregierung unternehmen, um in Zusammenarbeit mit den Herstellern und den Anwendern eine regelmäßige technische Überwachung der Dialysegeräte sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

96. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung durch die Verkürzung der Wochendienstzeit um vier Stunden — ohne Ausgleich durch Entgelt oder Personal — die Aufgaben der Bundeswehr gesichert?
97. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) Wie wirkt sich diese Entscheidung auf die Ausbildung und Motivation der Soldaten aus?
98. Abgeordneter
Hauser
(Bonn-Bad Godesberg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß auf Grund des vom Inspekteur des Heeres am 8. Januar 1982 gegebenen, auf dem vom Bundesverteidigungsminister herausgegebenen Katalogs der vergütungsberechtigten Einheiten Heer, Luftwaffe und Marine (Fü S IV 1) beruhenden Befehls, unverzüglich die Jahresgesamtleistung an Dienststunden so einzustellen, daß als Ergebnis die statistische Wochenstundenzahl um einen Richtwert von vier Stunden abgesenkt wird, die Bundeswehr — speziell das Heer — noch in der Lage ist, ohne Personalaufstockungen ihren Verteidigungsauftrag erfüllen zu können?
99. Abgeordneter
Hauser
(Bonn-Bad Godesberg)
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung den Alimentations- und Fürsorgeanspruch der Soldaten durch die Absenkung der statistischen Wochenstundenzahlen bei ungekürzten Dienstaufgaben gerecht zu werden?
100. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) Zeichnen sich die Raketen der Typen SS 21, SS 22 und SS 23 und die entsprechenden Werfer nach Erkenntnissen der Bundesregierung durch Eigenschaften aus, die in bezug auf Beweglichkeit im mitteleuropäischen und damit auch von Gewässern durchzogenen Gebiet, diese wesentlich von den bisher eingeführten Systemen unterscheiden?
101. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob bei den sowjetischen Raketen der Typen SS 21, SS 22 und SS 23 in bezug auf Steuerungssysteme und Treibstoffe sich Änderungen ergeben haben, die in bezug auf vergleichbare und bisher eingeführte Systeme und deren Reichweite als Verbesserungen angesehen werden können?
102. Abgeordneter
Dallmeyer
(CDU/CSU) Wieviel Hundezwinger sind für Wachhunde der Bundeswehr in den letzten vier Jahren gebaut worden?
103. Abgeordneter
Dallmeyer
(CDU/CSU) Welche Kosten sind für die Hundezwinger aufgewendet worden?
104. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß auf dem Gelände der Thorsbergkaserne in Süderbrarup für die Unterbringung von vier Wachhunden insgesamt 143 000 DM aufgewendet werden sollen und zu der diesbezüglichen Einrichtung neben Zwinger und Ausbildungsplatz ein „Versorgungsgebäude“ gehören soll, in dem u. a. ein Behandlungsraum und eine Krankenbox für Tiere geplant sind, und hat diese Maßnahme Priorität vor dem dringenden Reparaturbedarf für Mannschaftsunterkünfte in vielen Standorten der Bundeswehr?

105. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es angesichts der schwieriger werdenden Personal-lage unserer Streitkräfte zwingend notwendig ist, u. a. auch die Reservistenarbeit zu aktivieren, und – falls das zutrifft – was gedenkt die Bundes-regierung zu tun, um eine Verbesserung dieser Reser-vistenarbeit zu erreichen?
106. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Wie stark differiert die Praxis der Amtswidersprüche gegen anerkennde Entscheidungen der Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer durch die Wehrbereichsverwaltungen?
107. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten der Vereinheitlichung dieser Praxis sieht die Bundesregierung?
108. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die politischen Auftritte des ehemaligen Generalinspektors der Bundeswehr, Wust, in den Kasernen, wo er laut Spiegel 5/82 (Seite 30 ff.) „über die Versäumnisse des Westens und die Bedrohung aus dem Osten“ referierte, auch vor dem Hintergrund der Tatsache, daß der Verdacht seiner Verstrickung in illegale Waffengeschäfte im Dienste der OTRAG-Abschrei-bungsgesellschaft bisher nicht ausgeräumt worden ist?
109. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos)
- Trifft es zu, daß gegen den bisherigen stellvertreten-den Leiter des Kreiswehrratsamts Würzburg ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, u. a. mit dem Vorwurf „achtungsunwürdigen Verhaltens“, weil er die Öffentlichkeit über tatsächliche Miß-stände bei Prüfungsverfahren für Kriegsdienstver-weigerer (Fließbandverfahren, unterproportionale Anerkennungsquoten, abwegige Begründungen im Widerspruchverfahren) aufgeklärt hat, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus diesem Fall ziehen?
110. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Dienst-stellen der Bundeswehr zivile Angestellte und Sol-daten für die gleiche Tätigkeit unterschiedlich be-soldet werden und hierbei z. B. bei Bezahlung der Angestellten nach BAT IV b und Besoldung der Soldaten nach Besoldungsgruppe A 7 monatliche Vergütungsunterschiede bis zu rund 700 DM brutto zu Lasten der Soldaten auftreten?
111. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die ungleiche Be-soldung von Angestellten und Soldaten bei Tätig-keiten mit gleicher Leistung und gleicher Ver-antwortung unverzüglich mit dem Ziel zu über-prüfen, die Gleichbehandlung der betroffenen Sol-daten mit den Angestellten herzustellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

112. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welche finanziellen Beträge hat die Bundesregierung in den Jahren 1980 und 1981 (wenn nicht verfügbar in den Jahren 1979 und 1980) an wie viele Sozialhilfeempfänger aufgewendet, die im Ausland mittellos bei deutschen Vertretungen um Hilfe nachgesucht hatten?
113. Abgeordneter
Dr. Faltlhauser
(CDU/CSU) Wie viele ausländische Ärzte (Ärzte und Zahnärzte) arbeiten gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland, wie viele kommen davon aus dem EG-Bereich und wie viele praktizieren auf Grund einer Aufenthaltserlaubnis in der Form des Sichtvermerks?
114. Abgeordneter
Dr. Faltlhauser
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Zahl der Ärzte, die als Asylanten in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, nach wie vor steigt, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, diese Zahl angesichts einer weiter steigenden Zahl deutscher Ärzte in vertretbaren Grenzen zu halten?
115. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Sind die in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen mit Pestiziden und anderen Chemikalien verseuchten Fischimporte aus Nordamerika gesundheitsschädlich nach den Bestimmungen des deutschen Lebensmittelrechts, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung diesbezüglich ergriffen?
116. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Besteht der Vorwurf gegenüber dem Bundesgesundheitsministerium und den nachgeordneten Behörden zu Recht, bei Importen, z. B. solchen verseuchter Fische, bezüglich Untersuchungen und Kontrollen zu großzügig zu sein, während bei der deutschen Produktion oft sehr kleinlich vorgegangen wird?
117. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Phosphate in Lebensmitteln nachteilige gesundheitliche Empfindlichkeiten bei Kindern hervorrufen können?
118. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Auszeichnungspflicht und die Genehmigungen von Phosphaten in Lebensmitteln zu überprüfen und aktuellen Erkenntnissen durch Änderung der Rechtslage anzupassen?
119. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Gesetzesänderungen im Rahmen des 2. Haushaltsstrukturgesetzes beim Zusatztaschengeld, daß hiernach Sozialhilfeempfänger in Heimen in erste und zweite Klasse unterteilt werden?
120. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Ist es zutreffend, daß durch dieses Gesetz eine haushaltmäßige Entlastung in der Größenordnung von ca. 5 Millionen DM zu verzeichnen ist bei einem Sozialbudget von ca. 1,5 Milliarden DM, und war der Bundesregierung bekannt, daß der einzelne Betroffene teilweise bis zu über 40 v. H. seiner frei verfügbaren Einnahmen verliert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

121. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Ist es zutreffend, daß in etwa 2000 Fällen Fahrgäste der Deutschen Bundesbahn erheblich voneinander abweichende Fahrpreise dann zahlen müssen, wenn sie dieselbe Fahrstrecke nur mit dem Bus oder teilweise mit dem Bus und teilweise mit der Bahn zurücklegen?
122. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, dahin gehend auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, damit die tariflichen „Unebenheiten“ beseitigt und die Deutsche Bundesbahn ihre Tarifpolitik mehr als bisher auf kundendienstliche Gesichtspunkte abstellt?
123. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, zur Verbesserung in der Beschäftigungslage in der Straßenbau- und Zulieferindustrie den Förderungskatalog des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes im Bereich kommunaler Straßenbau um „verkehrsberuhigende Maßnahmen in Verbindung mit Stadterneuerung“ zu erweitern und finanziell aufzustoßen?
124. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Besteht die Absicht, den Fährverkehr über den Nord-Ostsee-Kanal zu ändern, und wenn ja, welche Fährverbindungen werden hiervon betroffen werden?
125. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Besteht die Bereitschaft, die Schwebefähre über den Nord-Ostsee-Kanal künftig in kürzeren Abständen verkehren zu lassen, wenn hieran ein berechtigtes Interesse der Benutzer erkennbar ist?
126. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, wie viele sowjetische Lastwagen- und Autofahrer sich — mit Lastwagen bzw. PKW's — 1979, 1980, 1981 und in den beiden ersten Monaten des Jahres 1982 im Durchschnitt täglich in der Bundesrepublik Deutschland befanden?
127. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung, dem Land Nordrhein-Westfalen und den beteiligten Flughafengesellschaften sowie Trägern öffentlicher Belange zur Kooperation bzw. Fusion der Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf sowie deren bessere Erschließung mit dem öffentlichen Personennahverkehr?
128. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Haben sich die Zielvorstellungen der Bundesregierung bezogen auf die Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf gegenüber der Beantwortung meiner Fragen vom 22. Juni 1981 geändert?
129. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Hält die Bundesregierung die Reflektionsfähigkeit der auf den Bundeswasser- und Seeschiffahrtsstraßen verkehrenden Fahrzeuge aller Größenordnungen für ausreichend, um die Radarauffaßbarkeit sowohl für Schiffs- als auch für Landradarleitungen sicherzustellen, und was gedenkt die Bundesregierung verneinendenfalls zu tun, um insbesondere die Erkennbarkeit von flachen Fahrzeugen zu verbessern?

130. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß das Auflaufen des Tank- schiffs Pohlmann 3 vor der holsteinischen Unter- elbeküste am 29. Januar 1982 u. a. auf mangelnde Radarauffaßbarkeit und damit Leitbarkeit zurück- zuführen ist, und ist der Bundesregierung bekannt, daß es beim Deutschen Hydrographischen Institut Untersuchungen über die Verbesserung der Radar- auffaßbarkeit unzureichend reflektierender Wasser- fahrzeuge gibt?
131. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben Bundesverkehrsminister Dr. Hauff veranlaßt, entgegen seiner Ankündigung bei der Vorlage der Novelle zum Bundesbahnge- setz, Manager aus der Wirtschaft in den Vorstand der Deutschen Bundesbahn berufen zu wollen, jetzt bei der Auswahl der neuen Vorstandsmit- glieder sich ganz überwiegend auf den Bahnbe- reich selbst zu beschränken und keine Manager vorzuschlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

132. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Welche Kriterien wären für die Bundesregierung entscheidend, das Zentralamt für Zulassungen im Fernmeldewesen nicht in Braunschweig sondern in Saarbrücken einzurichten?
133. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist die Entscheidung der Bundesregie- rung, das Zentralamt für Zulassungen im Fern- meldewesen in Saarbrücken und nicht in Braun- schweig einzurichten, mit der Zielsetzung des Zonenrandförderungsgesetzes in Einklang zu brin- gen?
134. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Gründe dafür bekannt, warum die Volksrepublik Polen darauf beharrt, auf ihren Anteil von etwa 40 Prozent an einer Paketsendung nicht zu verzichten, obwohl es sich um Paketsendungen aus der Bundesrepublik Deutsch- land für die eigene notleidende Bevölkerung han- delt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

135. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerungen von Bundesbauminister Dr. Haack in einem Inter- view gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung, „falls in etwa zwei Jahren festgestellt werden sollte, daß durch die Änderungen im Mietrecht nicht zusätzlich freifinanzierte Wohnungen geschaf- fen worden seien, müsse der Themenkomplex neu behandelt werden“?

136. Abgeordneter
Dr.-Ing. Kansy
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darlegen, welche Motive Bundesbauminister Dr. Haack bewogen haben, in einem Interview gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung zu äußern, „falls in etwa zwei Jahren festgestellt werden sollte, daß durch die Änderungen im Mietrecht nicht zusätzlich freifinanzierte Wohnungen geschaffen worden seien, müsse der Themenkomplex neu behandelt werden“?
137. Abgeordnete
Frau Pack
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung den Verdacht entkräften, daß durch die Äußerung von Bundesbauminister Dr. Haack die Wirksamkeit von Kabinettsbeschlüssen angezweifelt wird, für die der Bundeskanzler eigens die Vertrauensfrage gestellt hat?
138. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Äußerung von Bundesbauminister Dr. Haack geeignet ist, neue Unsicherheit bei den Investoren im Mietwohnungsbau zu schaffen?
139. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen ist nach Mitteilung von Regierungssprecher Becker Bundesbauminister Dr. Haack „unglücklich über die öffentliche Darstellung seiner Äußerungen, die er inzwischen in einem Brief an FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher klar gestellt habe“?
140. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Warum ist es nach Mitteilung von Regierungssprecher Becker für den Bundesbauminister „selbstverständlich“, daß die Kabinettsbeschlüsse zum Mietrecht „nach einigen Jahren kritisch daraufhin zu überprüfen seien, ob sich die darin gesetzten Erwartungen erfüllten“?
141. Abgeordneter
Magin
(CDU/CSU)
- Führen die Kabinettsbeschlüsse der Bundesregierung zum Mietrecht zu einem unsozialen Anstieg der Mieten?
142. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausführungen von Bundesminister Genscher in einem Interview gegenüber der Bild-Zeitung, „wer das Beschäftigungsprogramm jetzt zerredet, der zerredet Arbeitsplätze und zerredet auch diese Koalition“?
143. Abgeordneter
Magin
(CDU/CSU)
- Wie lassen sich die Äußerungen von Bundesbauminister Dr. Haack in der Neuen Osnabrücker Zeitung, „falls in etwa zwei Jahren festgestellt werden sollte, daß durch die Änderungen im Mietrecht nicht zusätzlich freifinanzierte Wohnungen geschaffen worden seien, müsse der Themenkomplex neu behandelt werden“ und die Ausführungen von Bundesminister Genscher in einem Interview gegenüber der Bild-Zeitung, „wer das Beschäftigungsprogramm zerredet, der zerredet Arbeitsplätze und zerredet auch diese Koalition“, vereinbaren?
144. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler die Ausführungen von Bundesbauminister Dr. Haack (Neue Osnabrücker Zeitung) sich dadurch zu eigen gemacht, daß er zu der vorgesehenen Lockerung des Mietrechts nach der SPD-Präsidiumssitzung in Hannover erklärte, „es werde in einigen Jahren zu überprüfen sein, ob dies tatsächlich zu zusätzlichen Investitionen in der Bauwirtschaft geführt habe“?

145. Abgeordneter
Jansen
(SPD) Ist die Darstellung der Wohnungsbaukreditanstalt des Landes Schleswig-Holstein in einem Schreiben an ihre Darlehnsnehmer zutreffend, daß im Haushaltsstrukturgesetz vom 11. Dezember 1981 Zinsanhebungen für öffentliche Baudarlehen „vorgeesehen“ sind und die Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes durch das Haushaltsstrukturgesetz eine politische Entscheidung des Bundes ist?
146. Abgeordneter
Jansen
(SPD) Ist der durch das Rundschreiben erweckte Eindruck zutreffend, die Zinsanhebung sei durch den Bund erfolgt und lediglich die Einführung der Kappungsgrenzen für die Zinsanhebung sei eine Entscheidung des Landes?
147. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Darstellung, die die Wohnungsbaukreditanstalt des Landes Schleswig-Holstein ihren Kreditnehmern als Begründung der jüngsten Zinserhöhungen gibt, der Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern nicht gerecht wird und den Inhalt des Haushaltsstrukturgesetzes falsch darstellt?
148. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung ein solches Vorgehen im Hinblick auf die notwendige enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Stellen des Bundes und der Länder in der Wohnungsbauförderung?

Bonn, den 26. Februar 1982

